

Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 02.02.2005

Vorlage Nr. 05-F-01-0012

**Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu Kürzungen im Sozialhaushalt
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2005 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachfolgenden einstimmigen Beschluss des JHA zur Kenntnis:

"Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, die Haushaltsbeschlüsse in Bezug auf das Sozialdezernat vom 10.07.2003 zu überdenken und die Zuschusskürzungen bei den freien Trägern der Jugendhilfe auf maximal 2,5 % zu begrenzen.

Begründung:

Die aus dem Etat des Sozialdezernates eingeforderten Kürzungen von 5,6 Mio € für 2005 sind nach Ansicht des Jugendhilfeausschusses insgesamt zu hoch um die Sozialstruktur in Wiesbaden aufrecht erhalten zu können.

Die aktuelle Beschlusslage gefährdet die Existenz von einigen Trägern, sowie die Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe.

Der Jugendhilfeausschuss gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Zuschüsse an die Freien Träger nur insgesamt ca. 3 % des gesamten Sozial Etats ausmachen."

Beschluss Nr. 0054

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.02.2005 betr.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu Kürzungen im Sozialhaushalt

wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

1. Herrn Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 02.2005

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2005
In Vertretung des Oberbürgermeisters

1. Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme
2. Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Stadtkämmerer